



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

24. Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äußern

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

massen das Gerippe der zunehmenden französischen Propaganda im Ausland bilden.

Die in der Rede enthaltene Zusammenstellung aller Faktoren des französischen Einflusses in Petersburg in Gestalt von Schulen, Vereinen usw. verdient ebenfalls Beachtung.

Die diesbezügliche Rede des Präsidenten ist hier alleruntertänigst beigelegt.¹⁾

Bemerkenswert ist auch, dass bereits der Gedanke aufgetaucht ist, ein analoges, russisches Institut in Paris zu gründen, das die Franzosen im eigenen Lande über alle russischen Eigentümlichkeiten und Bedürfnisse aufklären soll.

So wird von russischer und französischer Seite nichts versäumt, um den Bund immer mehr zu befestigen und durch bleibende Einrichtungen gegen alle Eventualitäten der Zukunft zu sichern.

Die Rückreise des Präsidenten über Stockholm, Kopenhagen und Norwegen charakterisiert den geheimen Wunsch der französischen Politik, auch diese Länder im Bann der Triple-Entente zu sehen.

Der Zufall wollte es, dass ich kürzlich mit dem ehemaligen Privatsekretär des Ministerpräsidenten Kokowzeff, Graf Üxküll, zusammentraf, der jetzt an der hiesigen russischen Botschaft attachiert ist.

Letzterer teilte mir bezüglich der russischen Grenzbahnen und den darüber erschienenen bekannten Artikel des Correspondant (Bericht vom 25. März l. Js. Nr. 107) mit, dass Herr Kokowzeff den Inhalt dieses Artikels durchaus nicht gebilligt habe.

Auf der Reise von Rom hätte Herr Kokowzeff ihn beauftragt, in seinem Namen in diesem Sinne an den russischen Botschaftsrat in Berlin zu schreiben.

Die Grenzbahnen seien ursprünglich Privatbahnen gewesen und die Regierung sei denselben nur um deswillen beigelegungen, um den Betrieb derselben aufrecht erhalten zu können.

Ritter

Nr. 24

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äussern

Bericht 83

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

Angekommen 27. 7. 14.

Über das österreichische Ultimatum hat gestern eine russische Ministerratssitzung stattgefunden. Der Ministerrat hat beschlossen, den Grossmächten mitzuteilen, dass die russische Regierung in dem österreichisch-serbischen Konflikt eine internationale Angelegenheit erblicke, weil und soweit das Ultimatum sich auf die durch Art. 25

¹⁾ Liegt bei.

des Berliner Traktats behandelten Verhältnisse beziehe. Gleichzeitig fordert die russische Regierung eine Verlängerung der in dem Ultimatum gestellten 48stündigen Frist.

Die heutigen Morgenblätter bringen eine offizielle Erklärung der russischen Regierung zu dem Ultimatum, deren Wortlaut ich Euer Exzellenz in der Anlage ganz gehorsamst überreiche.¹⁾

Der Schlusssatz dieser Erklärung, dass Russland dem österreichisch-serbischen Zusammenstoß gegenüber nicht gleichgültig bleiben kann, spiegelt die tatsächlich im russischen Kabinett durch das in solcher Schärfe nicht erwartete Ultimatum hervorgerufene Erregung wieder.

In der Presse, die ihre unfreundlichen Gefühle schon seit dem Attentat von Serajewo nicht zu beherrschen vermochte, wird der während der Balkankrise angesammelte Hass gegen Österreich von neuem aufflammen. Bis jetzt liegen mir nur die Äusserungen der hier erscheinenden deutschen Zeitungen vor. Während die „Petersburger Zeitung“ zwar den Ernst der Situation und die Gefahr eines europäischen Konflikts betont, aber das Vorgehen Österreichs verständlich zu beurteilen bemüht ist, prophezeit der „Herold“ Österreich die tödliche Feindschaft der slawischen Welt für die Demütigung und Verhöhnung Serbiens und nennt das Ultimatum ein Verbrechen gegen den Weltfrieden.

Grunelius

Nr. 25

Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äußern

Telegramm Berlin, den 26. Juli 1914; 1⁵⁰ nachm.

Zum Telegramm von gestern.

Reichsleitung und Kanzler persönlich ersuchen dringendst, jede Mitwirkung bayerischer Behörden bei Zustellung oder Bekanntmachung österreichischer Mobilmachungsorder zu unterlassen, da solche Neutralitätsbruch erschiene.

Österreichische Botschaft hier völlig einverstanden. Österreichische Regierung hat Konsulate in diesem Sinne angewiesen.

Strengste Geheimhaltung der Eisenbahnerleichterungen erforderlich.

Schoen

¹⁾ Sie lautete: „Die Regierung ist über die eingetretenen Ereignisse und die Absendung des Ultimatus Österreich-Ungarns an Serbien sehr besorgt.“

Die Regierung verfolgt sorgsam die Entwicklung des serbisch-österreichischen Zusammenstoßes, dem gegenüber Russland nicht gleichgültig bleiben kann.“